

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

1.9.1919 (No. 242)

Bezugspreis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1,00 M., vierteljährlich 2,70 M., an den Ausnahmestellen abgeholt monatlich 1,80 M. In 8 M. durch die Post frei ins Haus gebracht, vierteljährlich 3,80 M., Einschussnummer 10 7/8.

Karlsruher Tagblatt

Die Baden. Nonpareille-zeile oder deren Raum 26 Bl. Reklames. 1 Bl. an erst. Stelle 1,20 Bl. Auf diese Weise 20% Zenerungsanlass. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen fast bis 4 Uhr nachmittags. Preisverhandlungen: Geschäftsstelle Nr. 202, Berlin Nr. 207, Geschäftsstelle Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Solzinger; für Baden, Vofales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Familien: Carl Gessner; für Anzeigen: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. S. Mäckerle Buchhandlung n. B. S., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Freigelegte 65/66. Teleph.-Amt Island 2002. Für unvertanete Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abendblatt 10.00, wenn Vorzug beifolgt ist.

116. Jahrg. Montag, den 1. September 1919 Nr. 242.

Der auswärtige Dienst.

Von Freiherrn v. Rüdthofen. M. d. R.

I.
Langsam nähern wir uns wieder völlerrechtlich geordneten internationalen Verhältnissen und damit einer Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen Deutschlands zu allen den Ländern, die im Weltkrieg gegen uns gekämpft haben. Der von der Nationalversammlung eingeleitete Untersuchungsabschluss wird in Verbindung mit dem Staatsgerichtshof gewiß ein einigermaßen klares Bild über die einzelnen politischen Vorgänge schaffen, die sich von Anbeginn des Krieges bis zum Zusammenbruch abgespielt haben. Es ist nicht anzunehmen, daß das deutsche Auswärtige Amt hierbei besonders günstig abschnitten wird. Und wenn sich herausstellen dürfte, daß es sich sehr häufig in einer Zwangslage befunden hat, in die durch mächtigere Faktoren unseres politischen Lebens gedrängt worden ist, so wird doch gerade diese offene und ehrliche Dichtung mit Recht zu einem sehr erheblichen Teil auf das Konto eigener Unfähigkeit und schlechter Organisation gesetzt werden müssen. Die Fehlerhaftigkeit der Organisation unseres gesamten auswärtigen Dienstes ist schon lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges erkannt worden. Die Geschichte der Reform des deutschen Auswärtigen Amtes und auswärtigen Dienstes gleicht aber einer Tragikomödie. Tragisch für unser ganzes Volk, das unter den unbegreiflichen Fehlern unserer auswärtigen Politik noch unabsehbare Zeit zu leiden haben wird, und einer Komödie nicht unähnlich in den Augen aller derer, die eine nähere Kenntnis der Entwicklung dieser so viel besprochenen Frage besitzen.

Schon in der Periode der Reichskanzlerschaft des Fürsten Bülow hatte man, wenn auch widerstrebend, sich nicht des Eindruckes erwehren können, daß eine gewisse Reorganisation des auswärtigen Dienstes nicht nur eine populäre Forderung, sondern auch tatsächlich notwendig sei. Mein verstorbenen Vaters, der in den ersten Jahren dieses Zeitraumes deutscher Gesandter in Paris war, hat seine Überzeugung, daß Vieles im Auswärtigen Amt wie im auswärtigen Dienst geändert werden müsse, mehrfach Ausdruck gegeben. Er war ein überzeugter Anhänger der internationalen Versöhnung und der diplomatischen mit dem konsularischen Dienst und hat auch verschiedene Versuche gemacht, den gesamten auswärtigen Dienst auf eine breitere Grundlage zu stellen. Insbesondere wollte er die Ausnahmestellen für den auswärtigen Dienst vergrößern und zu diesem Zweck jabraus Jahren eine erhebliche Anzahl von Referendaren statt bei den Gerichten und Verwaltungsbehörden für eine gewisse Zeit bei den großen Generalkonsulaten beschäftigen, um auf diese Weise ein Urteil über die Befähigung dieser jungen Herren für eine zukünftige Tätigkeit im Ausland zu gewinnen, die geeignetsten in den auswärtigen Dienst selbst aufzunehmen, die anderen aber wieder dem inneren Dienst zuzuführen. Es wurde hierbei von der Ansammlung ausgegangen, daß es für diese angebundenen Justiz- und Verwaltungsbeamten, auch wenn sie nicht als geeignet für den besondere Anforderungen stellenden auswärtigen Dienst befunden wurden, sehr nützlich sein könne, einmal während der Dauer eines Jahres sich den Wind fremder Länder um die Ohren wehen zu lassen. Die preussischen Minister waren hierzu aber anderer Meinung, sie glaubten diesen Referendaren eine solche im Ausland verbrachte Zeit auf den Vorbereitungsdienst nicht anrechnen zu können. Und damit war selbstverständlich dieser Plan zum Scheitern verurteilt.

In den Jahren vor dem Zusammentritt des letzten Reichstages war die Frage der Reform des auswärtigen Dienstes etwas eingeschlafen. Da sie aber im Wahlkampf 1911 mehrfach eine Rolle gespielt hat und auch einige Männer in dem neuen Reichstag gezogen waren, die ein härteres Interesse für die auswärtige Politik an den Tag legten, als dies bisher üblich gewesen war, so wurde alsbald die Frage in der Volksvertretung zur Sprache gebracht. Seit dieser Zeit ist sie niemals wieder aus der öffentlichen und parlamentarischen Diskussion verschwunden. Sie bildet jetzt sogar ein ständiges Requirit aller Debatten über den Etat des Auswärtigen Amtes. Die verschiedenen Staatssekretäre, die sich dann in rascher Reihenfolge der Volksvertretung präsentiert haben, konnten dabei nicht umhin, wenigstens nach außen ihr Interesse für diese Frage zu dokumentieren. Selbst Herr v. Kiderlen, dem der ganze Gedanke von Grund auf unympathisch war, war doch mehrfach genötigt, einige, allerdings spärliche, Worte zugunsten der Reform zu finden. Das Drängen des Reichstages tat sich in verschiedenen Anträgen und Entschlüssen kund, und unmittelbar vor Ausbruch des Krieges beschloß der Reichstag, die so wichtige Frage einer eingehenden und von den übrigen Materien der auswärtigen Politik getrennten Verhandlung zu unterziehen. Der Schreiber dieser Zeilen wurde zum Berichterstatter bestellt und später wurde ihm aufgetragen, einen grundlegenden Bericht über alle bis dahin vorgebrach-

ten Vorschläge zu erstatten. Es ist niemals dazu gekommen. Bei der enormen Arbeitslast, die die kriegerischen Ereignisse dem Auswärtigen Amt aufluden, war es schwer, das Auswärtige Amt zu einer völligen Neuorganisation zu drängen. Im Auswärtigen Amt wurden zwar alle möglichen Kommissionen eingesetzt, aber auch diese haben während des Krieges ein geringes Resultat nicht zu erzielen vermocht. Die beiden Staatssekretäre, die dann während der Waffenstillstandsperiode amtiert haben, befanden zwar ihr lebhaftes Interesse für die ganze Frage, aber auch ihnen ist nicht die Zeit geblieben, dieses Interesse in die Tat umzusetzen. Mit dem Abschluß dieses unglücklichen Krieges tritt aber nun die deutsche auswärtige Politik in eine völlig neue Epoche. Sie wird sich von der früheren sehr wesentlich zu unterscheiden haben und in ganz anderer Weise gehandhabt werden müssen. Der jetzige Reichsminister des Auswärtigen wird unabweislich davon durchdrungen sein, daß es mit dem alten Apparat und seiner nicht unerheblich verrosteten Maschi-

nerie unmöglich weiter gehen wird. Seine Aufgabe wird es daher sein, das Auswärtige Amt und den auswärtigen Dienst zur Führung und Ausführung der so schweren auswärtigen Politik des zukünftigen Deutschlands fähig zu gestalten. Bei der Neuorganisation selbst handelt es sich um zwei getrennte Maßnahmen: Die Umgestaltung der Zentrale des Auswärtigen Amtes und den Neuaufbau des ganzen Dienstes im Ausland. Für das Auswärtige Amt hat man sich jetzt wohl endgültig zur Einführung des Regionalsystems entschieden. Je enger hierbei die Verbindung zwischen den rein politischen und wirtschaftlichen Referaten durchgeführt wird, um so besser ist es. Außerdem dürfte die Schaffung eines dem Minister zur Seite stehenden Stabes erforderlich sein, der abgesehen von der Bearbeitung der Personalangelegenheiten ihn in allen Materien zu beraten und zu unterstützen berufen ist und so eine klare Uebersicht über die Geschäfte des gesamten Ressorts und damit die Einbeiligkeit des Ministeriums verbürgt. In

dieser Beziehung muß man die Organisation der großen militärischen Behörden als vorbildlich bezeichnen. An die Spitze dieses Stabes würde am besten ein Staatssekretär zu stellen sein, der der Vertreter und erste Gehilfe des Ministers und damit den Unterstaatssekretären vorgeht ist und gewissermaßen den ruhenden Pol in dem bei einem parlamentarischen System unvermeidlichen Wechsel der Ministerien darstellen würde. Zweifelsfrei will es mir ferner erscheinen, ob die bisher recht selbständige und einflussreiche Rechtsabteilung weiterhin als solche aufrecht erhalten werden sollte. Auch hier halte ich die entsprechende Einrichtung des preussischen Kriegsministeriums für nachahmenswert. Dort werden die laufenden juristischen Angelegenheiten in den einzelnen Abteilungen mit bearbeitet und nur für grundsätzliche und besonders schwierige Fälle stehen eine Reihe zur gutachtlichen Meinung berufener Juristen zur Verfügung. Andererseits wird man bei der großen Bedeutung und umfassenden Tätigkeit, die dem Nachrichten- und Presseamt gerade in den Angelegenheiten der auswärtigen Politik zukommt, hierfür allerdings eine gesonderte Abteilung bestehen lassen müssen, die aber unmittelbar dem Stabe des Ministers anzuschließen wäre. Erfahrungen, die in den auswärtigen Ministerien anderer Länder gemacht worden sind, werden, glaube ich, alle diese Vorschläge nur zu unterstützen vermögen.

Ueber die zukünftige Gestaltung des Auslandsdienstes selbst und die hier notwendigen Änderungen und Verbesserungen wird in einem zweiten Aufsatz zu sprechen sein...

Der Frieden.

Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen.

(Eigener Drahtbericht.)
h. London, 1. September. Das Reutersbüro meldet, daß Anordnungen getroffen worden sind für die Heimkehr der auf französischen Boden in englischer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen.

h. Berlin, 1. September. Dem „Berl. Lok.-Anz.“ wird aus Amsterdam gemeldet: Der erste Transport von tausend Kriegsgefangenen hat gestern Frankreich verlassen. Das ist die höchste Zahl, für die die deutsche Regierung Vorbereitungen zu treffen vermochte. Die Entente ist in der Lage, täglich 3000 Mann abzugeben und kann die Transporte bis auf 6000 Mann steigern, falls die deutschen Behörden die notwendigen Eisenbahnwagen zur Verfügung stellen. Die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Großbritannien hängt vom Seetransport ab, den Deutschland nach dem Friedensvertrag zu stellen gezwungen ist. Sobald die nötigen Schiffe zur Verfügung stehen, kann der Transport beginnen.

Artikel 61 der deutschen Verfassung.

Amsterdam, 31. Aug. (Wolff.) Reuters meldet, daß der Oberste Rat sich mit Artikel 61 der neuen deutschen Verfassung beschäftigt, um eine Vereinigung mit Deutschland zu beschließen. Es wird eine Rolle vorbereitet, in der Deutschland aufzufordern werden soll, Artikel 61 seiner Verfassung fallen zu lassen.

h. Berlin, 1. Sept. Nach dem „Berl. Lok.-Anz.“ hat der Oberste Rat der Alliierten beschlossen, dem Friedensvertrag mit Deutschland eine Klausel anzufügen, nach der Deutschland nicht ohne Einwilligung des Völkerbundes mit Deutschland vereinigen darf. Im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und anderen Staaten ist als Schiedsgericht die Großmacht der Alliierten bis zur Gründung des Völkerbundes aufzuführen.

Der österreichische Friedensvertrag.

h. Berlin, 1. Sept. Nach der „Wolff. Zig.“ berichtet der „Corriere della Sera“, daß der Oberste Rat beschlossen habe, eine Klausel in den österreichischen Friedensvertrag aufzunehmen, die Deutschland mit den Nachbargesellschaften Österreich-Ungarns über die Regelung der Interessen der dort bestehenden Deutschen zu treffen. Ferner wurde die Teilnahme Deutschlands an der Arbeitskommission in Washington genehmigt.

Marburg den Südsudan.

Lugano, 30. Aug. Der Oberste Verband hat nunmehr Marburg den Südsudan endgültig ausgesprochen, jedoch bestimmt, Österreich mit Stadt und Bezirk Nadersburg, wo wertvolle Kohlenlager sind, zu entschädigen und außerdem die Klausel, welche Österreich verpflichtet, ein eventuelles Wort Marburg an die Schweiz anzuerkennen, in den Friedensvertrag aufzunehmen.

Knog verlangt einen Sonderfrieden mit Deutschland.

Washington, 31. Aug. (Radio.) Senator Knog erklärte im Senat, die Vereinigten Staaten sollten es ablehnen, den Versailler Friedensvertrag zu unterzeichnen und sollten einen Sonderfrieden mit Deutschland schließen. Durch die harten und grausamen Bedingungen lege der Friedensvertrag Deutschland Strafen auf, die die internationalen Gesetze verletzen. Der Friedensvertrag trete ja doch ein, sobald drei Großmächte den Vertrag ratifiziert hätten. Die Vereinigten Staaten sollten ihren eigenen Frieden schließen. Knog fuhr fort: Ich bin der Ansicht, wir sollten gegenüber Deutschland auf jegliche Ansprüche verzichten und dafür sorgen, daß Deutschland nicht dessen Kredit erhält. Wir sollten jegliche Teilnahme oder Mitgliedschaft bei den Kommissionen und Ausschüssen, die vom Friedensvertrag vorgegeben sind, ablehnen. Präsident Wilson hat im Jahre 1917 erklärt, das Kriegsziel der Vereinigten Staaten sei, die Autokratie dieses Reiches zu stürzen und das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, über sein Schicksal zu bestimmen. Dieses Kriegsziel der Vereinigten Staaten ist bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes erreicht worden. Die Vereinigten Staaten müssen aus dem Krieg gehen wie sie in den Krieg hineingegangen sind: frei, unabhängig und Herren ihres Schicksals. Knog hob die wertvollen Dienste, die die amerikanischen Untertanen deutscher Abkunftung den Vereinigten Staaten geleistet haben, hervor. Sie seien trotz in den Kampf gezogen in der Ueberzeugung, daß es letzten Endes um Westen ihrer deutschen Vorfahren ginge. Statt dessen seien Friedensbedingungen aufzgelegt worden, die das deutsche Volk nie erfüllen könne. Unter Bezugnahme auf den Ausschluß Russlands aus der Friedensrege-

lung erklärte Knog: Glauben Sie, daß Deutschland, das unter den Bedingungen dieses Friedens leidet und schwankt, sich fortgesetzt mit Gnadenpendeln begnügen wird, die man ihm als Strafen von dem Tische des Sieges gewährt? Dieses Volk wird ebenbürtig aufstehen, seine Pläne zu schmieden, um seine frühere hohe Stellung wieder zu erlangen, wie der Satan, der in die Tiefe der Hölle geschleudert wurde, ob Deutschland im Völkerbund ist, wenn dieser zustande kommt, oder ob es außerhalb des Bundes steht. Die deutschen Agenten werden trotzdem im geheimen und im offenen mit den früheren Verbündeten Deutschlands und mit dem unbedingten Japan und Ausland zusammenwirken. Und wenn Deutschland darin Erfolg haben wird, so wird Europa zugrunde gehen.

Amsterdam, 31. Aug. „Reuters Times“ und „Reuters World“ beurteilen die Rede des Senators Knog im Senat. „Reuters Sun“ stimmt ihr zu und schreibt: Die Rede Knogs ist, was über die noch unabherrschten Geschlechter kommen könne, wenn man die arabischen Hären des Friedensvertrages hehnen lasse. Das Blatt tritt dafür ein, daß die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag ablehnen und erklären, daß der Friedensvertrag bestünde.

Die Abänderungsanträge im amerikanischen Senat.

New York, 31. Aug. (Radio.) Wilsons Gegner im Senat haben zwei Entschlüsse eingebracht, in denen erklärt wird, daß der Senat dafür halte, daß der Präsident in Washington bleiben und sich seinen Pflichten in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse und die Beschäftigung der hohen Lebensunterhaltskosten widmen solle. Bei der Einbringung dieser Entschlüsse wurden einige Rufe laut: „Für fürchtet wohl, daß der Präsident dem Lande die Wahrheit über den Widerstand der Republikaner gegen den Völkerbund sagt?“

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat weitere Abänderungsanträge der Senatoren Johnson, Moses und Hall angenommen. Wie bisher, so fanden auch diese Anträge mit 9 gegen 8 Stimmen Annahme. Die U. M. b. r. stimmte mit den Demokraten gegen alle Abänderungsanträge. Der einzige Abänderungsantrag, über den noch abgestimmt werden muß, ist ein von Senator Hall eingebrachter, in dem die vollständige Streichung des Artikels 13 des Friedensvertrages gefordert wird.

Wilsons Agitationsreise.

Washington, 31. Aug. (Radio.) Das Programm für die Vortragsreise des Präsidenten Wilson ist veröffentlicht worden. Der Präsident fährt am Montag, den 1. September, von Washington ab und kehrt am 30. September zurück.

Der Ernährungsrat.

Versailles, 31. Aug. Nach dem „Welt Journal“ hat der Amerikaner Hoover den Posten eines hohen Oberkommissars für die europäische Ernährung annehmen können.

Ein angebliches Schutzabkommen zwischen Belgien, England und der Union.

h. Berlin, 1. Sept. Nach Brüsseler Meldungen soll der „Wolff. Anz.“ zufolge zwischen Belgien, England und der Union ein ähnliches Schutzabkommen geschlossen werden, wie es zwischen den angrenzenden Großmächten und Frankreich abgeschlossen worden ist.

Clemenceau verteidigt sich.

Versailles, 31. Aug. (Wolff.) Das Organ Clemenceaus, der „Homme libre“, beschäftigt sich in seinem heutigen Leitartikel mit der Kammerdebatte über die Ratifizierung des Friedensvertrages. Wenn die Kammer die Verhandlungen aufhört hätte, würde sie auf der Friedenskonferenz auf Widerstand stoßen sein, und es wäre ihr auch nichts anderes übrig geblieben, als ein Kompromiß zu schließen. Nur ein frischer Geist könne glauben, daß, solange die Alliierten eine starke Armee am Rhein unterhalten, Deutschland etwas gegen Frankreich unternehmen könne. Wenn die 15 Jahre Besetzung von Belgien zu Ende sein, bildet man sich dann etwa ein, daß Deutschland noch sein werde, wie es vor 1914 gewesen ist?

Die Entente gegen Sowjetrußland.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Stockholm, 1. Sept. Die Konferenz des Verbandes der schwedischen Metallarbeiter hat beschlossen, die Verbindung mit Sowjetrußland wieder herzustellen. Eine entsprechende Entschlossenung wurde dem schwedischen Außenminister und dem Vertreter des Verbandes überreicht. Der Minister erklärte, ein Versuch, die Blockade Sowjetrußlands zu durchbrechen, werde keinen Erfolg haben.

Die Kohlenfrage in Versailles.

—ar. Berlin, 30. August.

Wir leben in einer freien Republik. Wir haben eine demokratische Verfassung. Aber die politischen Dineen sind nicht frei gegeben. Wir haben keine demokratische Öffentlichkeit. Wir erfahren nicht das Wohlstand. Das Volkswort vermeldet die südlichen Ansprüchen des Reichspräsidenten Ebert mit demselben Eifer und ebenso ausführlich wie dem Kaiserlichen Neben. Aber was die Regierung tun will, was sie erreicht oder nicht erreicht, darüber gibt es nur verlässliche Nachrichten oder höchst widersprüchliche Andeutungen. Wir wissen immer noch nichts genaues über das Schicksal der Eisenbahn Division im Baltikum. Wir sind in der obersten Division Krause hineingehalten, in der Anwesenheit der Abstimmung der Wertpapiererträge nicht zu werden. Soll man auch in der Kohlenfrage im Dunkel tappen, bis die Tafel des Unlücks erreicht ist?

Maehner viel länger doch jetzt von den Kohlenverhandlungen ab, die in Versailles stattfinden. Aber was erzählt die öffentliche Meinung Deutschlands davon? Der sozialdemokratische Abgeordnete Busch hat dem „Vorwärts“ einen Leitartikel über die internationale Kohlennot geschrieben, worin sehr vernünftige, wenn auch wahrlich nicht utopische Vorschläge gemacht werden. Aber Otto Gub, der Mitglied der Kohlenkommission in Versailles ist, schweigt sich über die Frage aus, die uns allen auf den Nägeln brennt: Wie steht es mit den Kohlenlieferungen an die Entente? Werden sie uns erlassen? Oder herabgesetzt? Und in welcher Weise? Haben die Transporte vielleicht schon begonnen? Erhält also das bisher feindliche Ausland den wichtigsten Lebensstoff unserer Wirtschaft, während wir selbst dem Internationa entaentetern? An „autöndner Stelle“ in Berlin werden darüber jetzt Auskünfte erteilt, die ebenso unklar wie betäubend sind.

Am Friedensvertrag ist die Wena Kohlen, die wir liefern sollen, bekanntlich auf 43 Millionen Tonnen jährlich festgesetzt worden. Die deutschen Vertreter in Versailles haben anerkannt, das traucianen Kladanauer der Körberuna 12 Millionen Tonnen und Betsikauna Frankreich an dem etwaigen Ueberfluß aneboten. Nun erzählt man, daß die Entente mindestens 20 Millionen Tonnen jährlich verlangen und prozentuale Betsikauna am Ueberfluß, wenn wir mehr als 108 Millionen Tonnen jährlich produzieren. Erreicht die Gesamtproduktion nicht 108 Millionen, so wolle die Entente unter Anführung Deutschlands mit sich reden lassen.

Was heißt 108 Millionen Tonnen Gesamtproduktion? Ist damit nur die Steinkohlenförderung gemeint? Generaldirektor Kämpfer, der Vertreter des Reichskommisars für die Kohlenverteilung, hat kürzlich vor dem Ausschuss zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau folgende Erklärung abgegeben: Unsere Steinkohlenförderung einschließlich Oberflächens beträgt heute 100 Millionen Tonnen aus 20 Millionen Tonnen, zusammen 120 Millionen Tonnen. Nicht man bei den Steinkohlen noch den Regenflächenerbrauch ab, und nimmt man an, daß wir 20 Millionen Tonnen im Jahr liefern sollen (von der im Friedensvertrag festgesetzten Forderung von 43 Millionen Tonnen), so macht dies für den ganzen heutigten Verbrauch eine weitere Kürzung um rund 18—20 Prozent aus. Nun können Eisenbahnen, Schifffahrt, Gaswerke, Elektrizitätswerke solche Einschränkung nicht aufgebracht bekommen, wenn nicht schon an dieser Stelle die Wirtschaft zusammenbrechen soll.

Aus dieser amtlichen Berechnung geht zweierlei hervor. Erstens, daß die Regierung schon seit einiger Zeit weiß, was die Größe in Versailles geschlagen hat, und daß sie der deutschen Öffentlichkeit nicht reinen Wein einschenkt. Zweitens, daß der Zusammenbruch unseres ganzen Wirtschaftslebens unvermeidlich ist, wenn die Entente nicht in letzter Stunde nachgibt. Ueber die Sachlage hätten die zuständigen Stellen in der Reichsregierung wohl aufzuklären. Außerdem müßte öffentliche Meinung werden, ob Deutschland auf jeden Fall über die oberflächliche Kohle verfügen kann, wie auch die Volksabstimmung ausfällt. Die deutsche Regierung hat ferner dem Volke, das dem Winter entgegenzittert, Aufklärung zu geben, was mit der Kohle ge-

schicht, während in Versailles verhandelt wird in Deutschland rationiert wird. Dessen wirklich, wie vom Rhein gemeldet wird, die Kohlenpreise mit 5 bis 6 schwerbeladenen Anhängern aus dem Ruhrgebiet Stromaufwärts an Mannheim vorbei nach Straßburg, ohne daß wir eine Tonne davon zu sehen kriegen? Und was ist mit den Lieferungen, von denen der französische Minister Voucheur sprach? Sind das wirklich noch Lieferungen nach dem Luxemburger Abkommen der Waffenstillstandskommission? Und muß man ihnen freien Lauf lassen? Jeder Deutsche hat jetzt ein Recht auf Einbild in die Hände der Regierung. Wir wollen sehen, was da geschah wird. Denn wir alle, wir Steuerzahler und Angehörigen, müssen die Suppe nachher auslöffeln.

Die deutsche Republik.

Der Bandenkrieg in Schlesien.

Breslau, 31. Aug. (Wolff.) Das Generalkommando des 6. A. S. meldet: Eine starke feindliche Bande tritt am 30. August Klein-Gorschütz an, das vorübergehend geräumt wurde. Beim Eintreffen von Verstärkungen zog sich der Feind über die Grenze zurück. In der Gegend von Gollwitz fand mit einer feindlichen Bande ein heftiger Zusammenstoß statt. Ein bewaffneter Überfall auf eine Feldwache östlich Neutau wurde abgewiesen. Bei der Waffenbeschussung in Neutau wurde ein Pole, der auf unzureichende Truppen schloß, getötet.

Polnische Hinterhältigkeiten.

Breslau, 30. Aug. (Wolff.) Die Pressestelle des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien teilt mit: In der Sitzung mit der Entente-Kommission in Breslau Landeshauptmann Oberpräsident Philipp bekannt, daß er den Abgeordneten Korjanič erwidert habe, ihm die Wahlen von polnischen Vertretern in den nächsten Reichstagen am 1. September an den Breslauer Wahlen zu betrauen. Philipp bedauerte, daß Korjanič dem Versprechen nicht entsprochen habe. — In der „Gazeta Polska“ erklärt nun Korjanič, daß Oberpräsident Philipp kein Wort davon gesagt habe, daß in Breslau eine Sitzung mit der Entente-Kommission stattfinden solle. Korjanič sei der Meinung gewesen, daß die Entente-Kommission direkt nach Oberschlesien reisen werde. — Demgegenüber ist festzustellen, daß die Erklärung Korjaničs den Tatsachen nicht entspricht. Korjanič hat sich in Berlin dem Oberpräsidenten Philipp gegenüber selbst angeboten, nach Breslau zu kommen, was der Oberpräsident jedoch abgelehnt hat.

Gegen die Französlinge in der Pfalz.

Mannheim, 30. Aug. Die Pfalz-Zentrale meldet: Heute vormittag fand mit Genehmigung der französischen Behörden eine Vertrauensmännerversammlung in Ludwigshafen statt, an der rund 2000 Männer aller Parteien und die Führer der Gewerkschaften teilnahmen. Die nachfolgende Versammlung führte zu einer einträchtigen Kundgebung für das Deutschtum in der Rheinpfalz und zu einer scharfen Abrechnung mit den Französlingen und ihren Propagandisten. Mit rücksichtsloser Offenheit wurde die bisherige Vergewaltigung der Pfalz geißelt und mit voller Einmütigkeit eine Entschliessung angenommen, in der es heißt:

„Die Arbeiterschaft Ludwigshafens wird am Montag wieder die Arbeit aufnehmen. Sie erwartet jedoch von den französischen Behörden, daß alle unschuldigen Verhafteten sofort aus freier Hand freigesetzt werden. Nicht bis Montag wird der Fall, wird die Arbeit in der ganzen Pfalz eingestellt. Weitere Vergewaltigungen der persönlichen Freiheit werden durch entsprechende Aktionen der Arbeiter- und Bürgerchaft beantwortet werden. Die Presse- und Versammlungsfreiheit ist sofort herzustellen, ebenso die volle Bewegungsfreiheit der Regierung- und Verwaltungsstellen.“

Die Versammlung bedeutet einen vollen Erfolg der reichstreuern Bevölkerung in der Pfalz, besonders der Arbeiterschaft, die sich einmütig mit Einschluss der Unabhängigen hinter ihre Führer stellte.

Die Darstellung der französischen Militärbehörden.

Ludwigshafen, 1. Sept. (Wolff.) Die französische Militärbehörde verbreitet folgende Meldung: Ueber die jüngsten Vorwärtseinfälle in Ludwigshafen sind in der Presse des unbesetzten Deutschland unrichtige Meldungen veröffentlicht worden. Es haben in dieser Stadt keinerlei Anzeichen der bestehende Macht gerichteten Verbrechen stattgefunden. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat gezeigt, daß der blutige Zusammenstoß durch die übermäßige Revolutionspolitik der örtlichen Militärs hervorgerufen worden ist. Dieser bedauerliche Zusammenstoß hatte den Tod zweier Postbeamten zur

Nolge. Nachträglich ist ein zweiter Beamter gestorben. D. M.) Die Untersuchung wird fortgesetzt. Der Zwischenfall ist bereinigt abgeblieben. In Ludwigshafen und der Pfalz herrschen weiter ungestörte Ruhe.

Landau, 1. Sept. (Wolff.) Durch eine Verordnung des Generals Gerard wurde auch im Bereich der 8. Armee die Pressensur für die Presse ab 30. August aufgehoben und einige Presseleiter wieder freigegeben.

Von der besetzten Zone.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt a. M., 1. Sept. Die Franzosen haben gestern nördlich von Frankfurt die Grenze der besetzten Zone um etwa 8 Kilometer zurückverlegt. Die Ortsteile Weiskirchen und Stierstadt sind geräumt, dagegen ist der Bahnhof Weiskirchen nach wie vor besetzt.

Birkenfeld.

Frankfurt a. M., 30. Aug. Wie die „Rf. Zeita.“ aus Birkenfeld erfahren haben will, wird die französische Verwaltung durch die sogenannte provisorische Regierung der Landesauskunft händisch vor die Kreuze stellen, ob er die Absicht, eine Vereinigung Birkenfelds mit Treuenhertaufzuführen, fallen lassen wolle oder nicht. Verbarri der Landesauskunft auf seinem bisherigen Standpunkt, so ist von der französischen Verwaltung, sowie ihren politischen und Birkenfelder Sintermännern beabsichtigt, den Ausschuss aufzulösen und die Pfälzisch-Birkenfelderische Republik zu proklamieren.

Die Spannung in München.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.) München, 1. Sept. Die Spannung in München hat dazu geführt, daß seit drei Nächten auch die Einwohnern mehr den Reichswehr Tag und Nacht geübten Patrouillendienste versehen. In dem dornigen Stadtdiertel Bogenhausen, wo die Kommunisten während der Rätezeit besonders arg verhalten haben, wollten sie, so heißt es, in einer der vergangenen Nächte die Einwohnerwehr aufheben. In einzelnen Stadtteilen ist nachts die Hälfte der Einwohnerwehr im Dienst. Auch in der „Vöhrischen Staatszeitung“ wird jetzt der Befehl über neue Umhänge Ausdruck gegeben.

Zurückziehung der Truppen aus Mittweida.

Mittweida, 1. Sept. (Wolff.) Die Reichswehrtruppen, die am 29. Aug. hier einrückten, werden im Laufe des 1. September aus der Stadt zurückgezogen, nachdem die Hauptabteilung bei der Entloftung der Quartiermäler am 30. August der Straße angeführt wurden und die Waffenabgabe ein befriedigendes Resultat ergeben hat. Während der Besetzung ist es zu keinerlei Zwischenfällen gekommen.

Auflösung des Gouvernements Groß-Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 1. Sept. Der Gouverneur von Berlin, Schöppflin, erklärt eine Bekanntmachung, in der es heißt: Das Gouvernment von Groß-Berlin wird am 31. August aufgelöst. In diesem Laue trete ich von meinem Posten als Gouverneur zurück. Die Geschäfte übernimmt das Reichswehrtruppenkommando Nr. 1.

1 Million Gold für einen gestunkenen Franzosen.

Berlin, 1. Sept. (Privattelegramm.) In Ausführung der von Frankreich für die Lösung des Sergeanten Mannheim erhobenen Forderungen hat Deutschland nach dem „Berl. Vol.“ die 100000 Mark für die Familie vor einiger Zeit bezahlt und nunmehr auch eine Million in Gold an die französische Regierung abgeführt, die sie dem Internationalen Roten Kreuz überreicht hat.

Stillegung der Buch- und Steindruckereien in Düsseldorf.

Düsseldorf, 31. Aug. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Ausständigen der Buch- und Steindruckereien hielten ergebnislos. Infolgedessen kündigten sämtliche Druckereibetriebe allen Buch- und Steindruckern mit der tarifmäßigen Frist von 14 Tagen, so daß die vollständige Stillegung der Betriebe bevorsteht. (Wiederholt, weil die Agentur Karlsruhe des M. V. die Meldung in einer falschen Fassung ausgegeben hat. Nach dieser hätten die Arbeiter geflüchtet, während in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall war. D. M.)

Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 1. Sept. Privattelegramm. In einer Versammlung in einem Bahnhofsrestaurant in Berlin bezeichnete Hr. Dr. Stresemann die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei dahin, daß sie gegenüber rechts und links als unabhängige liberale Partei ihre Selbständigkeit bewahren werde. Wenn sich die demokratische Partei mit ihr auf dem Boden der Zusammenfassung der liberalen

Kräfte zusammenfinden wolle, so sei sie willkommen, da die Partei stets die Einigung des Liberalismus erstrebe, aber eine scharfe Scheidelinie gegen die unmöglichen demokratischen Forderungen der möglichen wirtschaftlichen Katastrophe des Winters mit ihren Folgen müsse die Parteipolitik zurücktreten und eine Sammlung aller besonnenen Elemente von der Sozialdemokratie bis zur Rechten erfolgen, um Schaden von Deutschland abzuwenden.

Badische Politik.

Der freie Samstagnachmittag im Eisenbahnbetrieb.

Ende letzter Woche fanden unter dem Vorsitz des badischen Finanzministers mit den Vertretern des Bad. Beamtenbundes u. der Eisenbahnarbeiterorganisationen Beratungen über die Durchführung des freien Samstagnachmittags im Bereich der Eisenbahnverwaltung statt. Die Meinungen gingen einmütig dahin, daß die im Werkstätte, Bahnunterhaltungs- und Magazinbereich dem Personal am Samstag eingeräumte Kürzung der Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden dem Personal des Betriebs- und Verkehrsdienstes wegen der besonderen Verhältnisse dieses Dienstes nicht gewährt werden könne. Diefem Personal soll aber in der Weise eine Entschädigung geboten werden, daß in den neuen Vorschriften über die Dienst- und Ruhezeiten die achtstündige Arbeitszeit und die höchstzulässige Dienstmäße um durchschnittlich 1 1/2 Stunden in der Woche oder sechs Stunden im Monat gekürzt werden.

Aus der badischen Zeitungswelt.

Die „Heidelberger Zeitung“ erscheint von heute an unter dem Titel „Badische Post“ und war als Landesorgan der Deutschen (liberalen) Volkspartei Badens.

Aus Baden.

Gewitter- und Sturmshäden in Oberbaden.

Karlsruhe, 1. Sept. Am Freitag gingen über das Rheintal und das Markgräflerland schwere Gewitter nieder, die vor allem an den Obstbäumen großen Schaden anrichteten. Unzählige Bäume wurden entwurzelt und Häuser dadurch beschädigt, daß die Dächer teilweise abgedeckt wurden. Die telephonischen Fernverbindungen wurden gestört, da die Leitungsmaße umgeworfen wurden.

Stettenheim, 1. Sept. Außerordentlich schwer hat das Unwetter am Freitag hier und in der Umgebung gehauft. Der orkanartige Sturm riß Schornsteine und Biegel von den Dächern, warf Personen und schwerbeladene Seemannen zu Boden. Zahlreiche Masten der elektrischen Überlandzentrale wurden umgeworfen und ebenso eine Menge Telegraphenmasten. Ein Zug der Nebenbahn bei Stettenheim mußte auf der Strecke liegen bleiben, da viele Telegraphenmasten auf dem Gleise lagen. Auch ein Schnellzug auf der Hauptbahn mußte längere Zeit hindurch seine Fahrt unterbrechen. Zu einer schweren Katastrophe kam es bei einer an der Straße nach Weiskirchen stehenden Hieselhütte. Hier hatten 25 Personen und ein Führer sich vor dem Unwetter gefeet. Der Sturm riß die ganze Hütte zusammen. Alle Leute wurden unter dem Gebälk begraben, eine Person wurde getötet und eine schwer verletzt. In Ruff wurde der Sohn des Wegemeisters Weninger auf freiem Feld vom Blitz getötet, andere Personen wurden durch die elektrischen Schläge bewußtlos.

Lahr, 1. Sept. Der gesamte Fernsprech- und Telegrammverkehr im Oberland war am Samstag infolge des Unwetters gestört. Mastenfiel lagen die Telegraphenmasten an Boden. Besonders groß ist der Schaden in den Obstgärten, wo das Obst zentnerweise von den Bäumen geschüttelt wurde.

Freiburg, 1. Sept. Bei dem Unwetter am Freitag wurde an einem Geschäft ein großes Schaufenster eingebrochen. Diefelb wurde Firmenschilder auf die Straße gemorfen.

Rußloch b Heidelberg, 31. Aug. Das 5 jährige Schöhnchen des Wirts Klein wurde, als es über die Straße sprang, von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und sofort getötet.

Oppenau, 31. Aug. Die Verlängerung der Reichsbahn bis Griesbach soll im kommenden Frühjahr in Angriff genommen und innerhalb drei Jahren fertiggestellt werden. Ein Teil der Strecke ist bereits angelegt.

Freiburg, 1. Sept. Aus Anlaß des 60jährigen Bestehens des Landesvereins der Bad. Frauenvereine fand hier eine Versammlung der oberbadischen Frauenvereine statt, in der die künftigen Aufgaben der Frauenvereine besprochen wurden. Als solche wurden bezeichnet die Ausbebung der Jugendfürsorge, der Krankenpflege, der Fürsorge für Säugling und Kleinkind und die Verbesserung der Wohnungshygiene.

Waldshut, 31. Aug. Der Schwurgericht mit Schweizerstumpfen hat einen bemerkungen Umfang angenommen, daß in der Schweiz sich ein Mangel an

Stumpfen bemerkbar macht. Infolgedessen hat die Schweiz angeordnet, daß der Stumpfenverkauf im kleinen Grenzverkehr bedeutend eingeschränkt wird. Dagegen soll die Ausfuhr von Tabak und Zigaretten etwas erweitert werden.

Aus dem Stadtkreis.

September. Seinen Namen hat der Monat nach vom altrömischen Kalender her, in dem er der siebente (septem) war. Damals begann das Jahr mit dem März. Von schönen deutschen Bezeichnungen ist die treffendste wohl die als Scheidung, d. h. Herbstmonat. Nun heißt es Abschied nehmen vom August, der in diesem Jahre, mit Ausnahme des getrigen ihm abschließenden Sonntags, eine sommerliche Glut und Pracht entfaltet, wie es selten der Fall war — und damit auch vom Sommer überhaupt. Jetzt gleitet das Jahr rascher dem Herbst zu. Die Natur ermahnt im Aufblühen satter Farben, der große Maler Herbst gibt ihm die Tinten der Müdigkeit und Resignation, die auf den Menschen einen tiefen Einbruch machen. Aber auch der Höhepunkt der Reife des Obstes und des Weins sind ihm vorbehalten. Die Sonne strahlt wohl noch längere Zeit freundlich, aber sie ist nicht mehr das Leben erweckende Element, sondern vergelbt alles noch einmal mit einem Lächeln. Es naht die Zeit der kühlen und kürzeren Abende die Zeit der Vertheilung, für den kaltenmenschen ein eigenartiges Gefühl, daß er in einer Zeit weltunpamperter Erfindungen und Entdeckungen sich im Jahrzehnte zurückgeworfen sehen muß. In astronomischer Hinsicht beginnt der Herbst ebenfalls im September, und zwar in unserem Jahre am 24. September, morgens 4 Uhr, wenn die Sonne in das Zeichen der Waage tritt. Sie gelangt damit wieder zum Himmelsäquator, Tag und Nacht sind nun zum zweiten Male im September gleich. Die bekanntesten Wetterregeln des Monats lauten: September-Regen kommt Saat und Neben herbe. — Im Herbst das Wetter hell, bringt es Wind und Wetter schnell. — St. Michaeliswein süßer Wein, herber Wein. — Nie hats der September zu besser verlohnt, was ein unangefangener August nicht gelehrt. — Im Michaelis, in der Lat, gebleibt die beste Winterzeit.

Die Lohnbewegung im Glasergewerbe hat durch einen Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses ihre Beendigung gefunden. Man teilt uns dazu mit: Die Arbeiter erhalten bei einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 47 Stunden einen Lohnzuschlag der sich auf 35-40 Pf. in der Stunde beläuft. Außerdem hat jeder Arbeiter, der mindestens 1 Jahr in einem Geschäft tätig ist, Anspruch auf bezahlten Urlaub, der zwischen 3 und 8 Tagen, je nach der Dauer der Beschäftigung, schwankt. Diese abermalige Lohnsteigerung erwidert selbstverständlich auch eine Erhöhung der bisherigen Preise für Glaserarbeiten. Es wird künftighin die Tagelohnsumme auf über 4 Mark zu stehen kommen. Auch die Glaserpreise haben eine außerordentliche Steigerung erfahren, die gegen den Friedenspreis 1200% beträgt. Unter diesen ständigen Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise hat das Glasergewerbe besonders zu leiden, und es ist zu befürchten, daß durch die neuen Steigerungen eine abermalige Verminderung der Arbeitslosigkeit eintritt, besonders wird aber die gerade aus Arbeiterkreisen immer wieder gestellte Forderung auf Beschaffung billiger Wohnungen dadurch zur Unmöglichkeit gemacht.

Der Bund der technischen Angehörten und Beamten hielt am Donnerstag im großen Saale des Restaurants „Löwenbrunn“ eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen: Bericht über die Tarifverhandlungen im Baugewerbe und Stellungnahme zu dem Entwurf des Betriebsrätegesetzes. Der 1. Vorsitzende, Ingenieur Kiefer, eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Begrüßungsansprache. Hierauf erlatet der 2. Obmann, Baumeister Thomae, Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbunde des Baugewerbes. Der Abschluß eines Tarifes war leider noch nicht zu erzielen; es müssen in den nächsten Tagen weitere Maßnahmen unternommen werden. Abscham hielt Ingenieur Kiefer einen eingehenden Vortrag über das Betriebsrätegesetz. Wenn der Entwurf des Gesetzes auch nicht alle Hoffnungen erfüllt, so müsse man eben für den Anfang zufrieden sein. Die kommenden Gesetze würden und müßten besser werden. In den nächsten Wochen wird eine Fortschreibung abgehalten werden, die den Zweck hat, möglichst alle Kollegen in dieses wichtige Gesetz einzuführen. Die Ausführungen des Ing. Kiefer fanden starken Beifall. Zur großen Genugung aller Anwesenden konnte auch noch festgestellt werden, daß der Bund in ihrem Wachstum begriffen ist und allein in dieser Stadt und Umgebung 700 Mitglieder zählt. Weitere größere Veranstaltungen werden in den nächsten Wochen stattfinden.

Der Fußballklub Mühlburg hatte am Sonntag die Mühlburger Sportgemeinde in recht stattlicher Anzahl vereinigt, um in den „Drei Linden“ das 14. Stiftungsfest zu begehen. Wie der Ausführungen des Vorsitzenden zu entnehmen war, wurde der Verein im Jahre 1906 gegründet. Der Verein hat sich zu einem ansehnlichen Sportverein und geachteter Gegner im Südbreis entwickelt. Bereits im Jahre 1911 konnte der Verein in der B-Klasse die Südbreismesterschaft in Ludwigshafen a. Rh., im Jahre

Theater und Musik.

Die Frau ohne Schatten. Die Aufführung von Richard Strauß' neuer Oper „Die Frau ohne Schatten“ in Wien an der früheren Hofoper ist für den 1. Oktober vorgesehen, die erste Aufführung an der Dresdener Hofoper für den 13. Oktober und die Erstaufführung am Münchener Nationaltheater für den 1. November. In diesen drei Städten wird Richard Strauß die letzten Proben persönlich leiten. Sämtliche Bühnen, die das Werk aufzuführen, werden die von Prof. Alfred Noller in Wien gezeichneten Szenen und Dekorationsentwürfe ihren Aufführungen zugrunde legen. Die Württembergische Aufführung wird voraussichtlich erst zu einem späteren Termin erfolgen, da die Berliner Staatsoper zunächst mit der Bereitung von Hans Pfitzners „Kaisertreu“ vollendet beschäftigt ist. Nach München werden wahrscheinlich die Operntugenden von Hofn und Stuttgart das Werk zuerst herausbringen. Ferner ist es noch angenommen von den Opern in Darmstadt, Breslau, Weimar und vom Deutschen Landesoper in Prag. — Und Karlsruhe?

Kunst und Wissenschaft.

Entschliessung der Arch für die Entwurf- und Modellmeße. Nach den Richtlinien, die für den Ausbau der zur Leibniz-Werke gehörenden neuen Entwurfs- und Modellmeße festgesetzt wurden, dürfen minderwertige Arbeiten nicht ausfallen werden. Ueber die Zulassung der angelegten Arbeiten entscheidet ein Aufnahmecomitee (Arch), der sich aus drei Dritteln aus Künstlern und aus einem Drittel aus Fachleuten und Sanktionen zusammensetzt. Der Aufnahmecomitee ist am 23. August, am 29. August, unter dem Vorsitz des Leiters der Entwurfs- und Modellmeße, Prof. R. Grau, Direktor des Leibniz-Archivarchivbureauums, zusammengetreten, um über die Zulassung der eingeleiteten Arbeiten zu entscheiden. Von den Mitgliedern des Ausschusses waren anwesend: Prof. Peter Behrens, Neubabelsberg, Maler Erich Gruner, Leipzig, Stadtbaurat Wäbrina, Leipzig, Prof. Bernhard Bau-

hof, Stuttgart, Maler Siegfried Gaertel, Breslau, Geheimrat Brudmann, Dellbronn a. N., Konrad G. C. Otto Müller, Karlsruhe i. B., und Direktor Martini, Berlin. 375 Künstler hatten Entwürfe eingeleitet. Die Arbeiten von 170 Künstlern wurden für brauchbar erklärt und ausfallen.

Eine neue deutsche Nordpolunternehmung. Dr. Arno Ebbich (Danzig) und Dr. Walter Geisler haben vor einiger Zeit dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, Prof. Dr. Hellmann, und anderen Gelehrten den Plan zu einer neuen Nordpolunternehmung vorgelegt und veröffentlicht ihn jetzt in „Reichsmanns Mitteilungen“. Die Unternehmung ist die arktischen Probleme, die mit den bisherigen Hilfsmitteln nicht zu bewältigen waren, durch Verwendung von Flugzeugen lösen. Als Fortschungsgebiet ist die durch den 85. Breitengrad eingeschlossene Kaskette in Aussicht genommen. Dabei sollen Fortschritte nach Weiten (Bradley-Land, das unentdeckte Polarland nach R. A. Harris), in Richtung auf die Veringstraße, die Neufährischen Inseln, unternommen und Anlandung an bekanntes Land bei Franz-Josefs-Land und nördlich Grönlands genommen werden. Die Unternehmung will ihren Ausgang von einem zu Schiffe erreichbaren Punkt nehmen, dann auf dem Luftwege unter Einschaltung von Etappenlagern ein Hauptlager in der Nähe des Pols errichten, von dem aus das zu erforschende Gebiet erflogen wird. Den Flugzeugen, die die eigentlichen Fortschungsflüge ausführen, wird hierher Betriebsstoff, Proviant usw. von besonderen Flugzeugen in einem geeigneten Etappenstadium zugeführt. Die Erhaltung 6000 Meter Höhe erreichen, durch besondere Ausrüstung (heißbare Kleidung, durch besondere Handlung) hohe Kaltgrade ohne Nachteil ertragen können. Die Unternehmung kann unbeschadet einer Durchflugsdauer von — 30 bis 33 Gr. im März, also im Frühjahr, der Reisezeit der Arktik, ausgeführt werden, wenn der Schnee fest ist und kein tiefer Schneeeisgang die Landung der Flugzeuge behindert. Als Ausgangspunkt ist Spitzbergen sogar für Luftschiffe bei der Zeppelin-Expedition für geeignet befunden worden.

Literatur.

Dr. Albert Daur: Ernst von Salzwitz a. u. m. 80. Geburtstags. 25 Seiten. Verlag von Hermann Beyer und Söhne in Lamsbach 1919. Preis 75 Pf.

Am 80. Geburtstag des Staatsrats Dr. Ernst von Salzwitz hat Professor Dr. Albert Daur in Baden-Baden eine kleine Schrift erdienen lassen, die seit 716 von Friedrich Manns „Badaoasischem Mosaik“ bildet. An schöner, edelmütiger Sprache zeichnet der Verfasser, der zur Kunst der Neuhilologen gehört, aber auch philosophisch hell durchdringt ist, den Werdegang Salzwitzs und bepricht seine einzelnen Werke. Wir leben, wie das Leben des 80-jährigen Gelehrten und Schulmannes aus erfüllt ist von der Idee der Erziehung zum Menschsein, zum Menschsein, wobei die Erziehung eine gemeinsame Arbeit von Erzieher und Schöler sein muß. Als sein wertvollstes und schönstes Werk ist „Die Schule des Willens als Grundlaue der asiatischen Erziehung“ zu betrachten. Ein neues, wichtiges Werk ist im Entstehen begriffen und wird den Titel führen „Ehli in entwicklung der Darstellung“. Salzwitzs Leben war Hühli, weil es Mühe und Arbeit war aus eigenem Drange und eigener Bestimmung. Am Schluß heißt es: „Nach wirkt diese dem besten treue Hand zu neuer Saat die Köner aus. Mögen sie auf fruchtbaren Boden fallen, und möge der Samen noch lange so frucht und aufrecht, tätia und weit ausblühend über den Ader jenseits, dessen Grenzen erit dort verbleiben, wofür uns alle das Veranlassung endet, in der Epilog.“ Professor Dr. Daur kann man nur aufrichtig dankbar sein für seine prächtige Schrift, die mit warmer Verehrung geschrieben ist. Leider hat er die Verdienste unberücksichtigt gelassen, die sich Salzwitz als Leiter des Schulrats um das badische Schulwesen erworben hat, wobei freilich nicht verschwiegen werden darf, daß in dem oder jedem Punkt sein Wirken auch zur Kritik Anlaß gegeben hat. Wir würden dieser Schrift recht viele Leser. R. E.

August Supper: Zwölfnächtspul, 80 Seiten. Kirchners Buchverlag, Verlag von Hermann Beyer, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 124.

In diesem Hühchen vereinigt die beliebte Württembergische Dichterin Auguste Supper, der wir eine Reihe von Novellen und den 1916 erschienenen Roman „Der Herrmann“ verdanken, fünf Erzählungen. Der Titel „Zwölfnächtspul“ ist der Ueberschrift der ersten Erzählung entnommen, paßt aber nicht für die folgenden und könnte über deren Inhalt falsche Vorstellungen erwecken. Die Verfasserin stellt sich wieder als Vertreterin echter und gemittelter Gemüthsart. Gerne geht sie eigenartigen Menschen nach und führt uns mit gereifter psychologischer Kunst in ihr Leben und ihre Schicksale ein. Das Vändchen ist recht lebenswert und wird der Dichterin neue Freuden erwecken. R. E.

Dür, Josef, Schöche u. Saffelau. Gedichte aus dem Gedicht aus dem Gedicht, herausgegeben von Professor Otto Seelig, Verlag von Hob. Reiss, Camburg (Saale), 64 Seiten. Preis 2 M. (Mit einem Bildnis des auf dem Tische der Erde gefallenen Dichters, der längere Zeit als Professor an Karlsruher Gymnasium gewirkt hat.)

Wirklich treuherzige Gedichte, gemischt mit jenem Humor in der Laubergländer Mundart. Ihr Stoff ist den Wirklichen der Laubergländer entnommen; sie behandeln in witzig-poetischer Form originale Schilderungen und Begebenheiten, Ortfragen, Hinterleben Sitten und Gebräuche u. dgl. Man muß wirklich staunen über die gründliche Kenntnis der Eigenart und des tiefinnersten Wesens der Landsleute des Dichters, der selbst ein Laubergländer Kind und wohl der erste ist, der in genannter Mundart gedichtet hat. In dankenswerter Weise hat der Herausgeber, ein Landsmann des Dichters, die ihm als Manuskript übergebenen Gedichte unter Beifügung einer Einleitung und erläuternden Anmerkungen veröffentlicht und so der Berechenheit entziffert. Die Sammlung dürfte je dem Freund reiner, echten Volkstums und laubergländer Volkspoesie willkommen sein. R. E.

1919 in der A-Klasse die Südbreismeisterschaft in Umm...

An 20 Mitglieder konnte die Ehrenrunde für zehn...

Colosseum. Heute Montag, den 1. September...

Zweifel Bekannmachungen über Milchpreise. Landwirtschaftsinspektor Haas.

Mit Wirkung vom Montag, den 11. August d. J....

Die Mitteilung könnte vielleicht den Karlsruher...

Das ist aber nicht in der Absicht, und darum...

Die für den hiesigen Haushalt an und für sich...

Ob es erwünscht und zweckmäßig ist, wenn durch...

Es dürfte nämlich die bisher am weitesten...

Die Erziehung der Milchviehherden ist...

Die Milchproduktion ist in den letzten Jahren...

Manheim, 31. Aug. Als Spionin betätigte sich...

Gerichtssaal.

Ein einwandfreier Maßstab zur Beurteilung der...

betriebs ist die Höhe der Vertriebspanne. Unter...

Unter den untergeordnet geringfügigen Verhältnissen...

Die für den hiesigen Haushalt an und für sich...

Ob es erwünscht und zweckmäßig ist, wenn durch...

Es dürfte nämlich die bisher am weitesten...

Die Erziehung der Milchviehherden ist...

Die Milchproduktion ist in den letzten Jahren...

Manheim, 31. Aug. Als Spionin betätigte sich...

Gerichtssaal.

Ein einwandfreier Maßstab zur Beurteilung der...

nung ein, die in vier Fällen Wäsche und Lebens...

Letzte Nachrichten.

Die Zustände in Ungarn.

Wien, 29. Aug. Die „Arbeiterzeitung“ bringt...

Ein großer kräftiger Mann, wäre so verprügelt worden...

h. Wien, 1. Sept. Wie die „Arbeiterzeitung“ aus...

6. Berlin, 1. Sept. Aus Budapest ist gemeldet...

Der italienische Anteil an der deutschen Kriegs...

Luzans, 29. Aug. Nach einer schon einige Tage...

Die Arbeitsschwierigkeiten in der Union.

Neuwahl, 31. Aug. (Radio.) Nach der Konferenz...

Politische Schwierigkeiten in Australien.

Sana, 29. Aug. Die „Times“ schildert die großen...

Sport - Turnen - Wandern - Reisen.

Karlsruher Fußballverein - Stuttgarter Kickers.

Trotz des Regens hatten sich über 2000 Zuschauer...

Bei Halbzeit stand das Spiel 2:0 zugunsten Kickers...

Fußball. Auf dem Sportplatz an der Hofstraße...

Das Privatspiel Weierheimer Fußballverein - Freiburg...

Das Bundes-Turnen des Arbeiter-Turner-

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Schafschneide des böhmischen Staates.

Das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat beruft...

Auskunfts-Büro.

Willi Bretschneider kommt! Kaffee-Kabarett Röderer

Residenz-Automat. Waschbecken, Klosetts, Badewannen, Heizöfen.

Colosseum. Eröffnungs-Spezialitäten-Programm vom 1. bis mit 15. September 1915

Modelle. für Fassonierhüte sind eingetroffen und bitte die werten Damen jetzt schon davon Gebrauch zu machen.

Getriebene Bügeleisen Wassertocher. werden in einzelnen u. an Wiederverkäufer zu günstigen Preisen abgegeben.

Oskar Decker. Perückenmacher und Damen-Frisier-Geschäft. Kaiserstr. 32. Tel. 1363.

Residenz-Lichtspiele. Vom 30. August bis einschl. 2. Septbr. Waldstraße 30, Schillerstr. 22, Kaiserstr. 5

Nissin Kopfläuse. gegen Kopfläuse. Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Helene Binzel. Schützenstraße 7.

Die ideale Gattin. Lustspiel in 2 Akten.

